

RASSEK & PARTNER
RECHTSANWÄLTE FACHANWÄLTE
mbB

Allgemeine Mandatsbedingungen

§ 1 Gebühren und Auslagen / Aufrechnung

1. Die Vergütung der Partnerschaft richtet sich nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) in der jeweils gültigen Fassung, sofern nicht im Einzelfall eine abweichende Vereinbarung (Beratungsvertrag, Honorarvereinbarung) getroffen wird. Soweit sich die Gebühren nach dem Gegenstandswert richten, ist dieser für die Gebührenabrechnung maßgeblich. Sofern nicht anders vereinbart, hat die Partnerschaft neben der Honorarforderung Anspruch auf Ersatz der Auslagen und der gesetzlichen Mehrwertsteuer. Die durch die, im pflichtgemäßen Ermessen der Partnerschaft stehende, Benutzung einer juristischen Datenbank entstehenden Auslagen trägt der Mandant bis zur Höhe von max. 100 EURO je Mandat. Die im gerichtlichen Verfahren unterliegende Partei muss diese Auslagen grundsätzlich nicht erstatten.

2. Eine Aufrechnung gegen Forderungen der Partnerschaft (Gebühren und Auslagen) ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

§ 2 Aufbewahrung von Unterlagen; Versendungsrisiko

1. Nach § 50 Bundesrechtsanwaltsordnung endet die Pflicht des Rechtsanwalts zur Aufbewahrung aller Unterlagen, die der Mandant oder ein Dritter dem Rechtsanwalt aus Anlass der Auftragsausführung überlassen hat, 5 Jahre nach Beendigung des Mandates. Die Partnerschaft schuldet keine längere Aufbewahrung. Die Aufbewahrungsfrist endet früher, wenn die Partnerschaft den Mandanten aufgefordert hat seine Unterlagen in Empfang zu nehmen und der Mandant dieser Aufforderung nicht binnen 6 Monaten nach Erhalt nachgekommen ist. Werden Unterlagen verschickt, so kann dies an die zuletzt mitgeteilte Adresse geschehen. Das Versendungsrisiko trägt der Mandant, es sei denn, er hat der Versendung widersprochen und sich verbindlich zu einer unverzüglichen Abholung verpflichtet.

2. Die vor Ablauf der Frist zu erfolgende Herausgabe von Unterlagen erstreckt sich nicht auf den Briefwechsel zwischen den Parteien und auf Schriftstücke, die der Mandant bereits in Ur- oder Abschrift erhalten hat.

§ 3 Haftung, Haftungsbeschränkung auf 10 Mio. Euro

1. Die Partnerschaft haftet dem Mandanten, gleichgültig aus welchem Rechtsgrund, für die von ihr bzw. ihren Mitarbeitern vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachten Schäden.

2. Die Haftung der Partnerschaft aus dem zwischen ihr und dem Mandanten bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz des durch einfache Fahrlässigkeit verursachten Vermögensschadens wird hiermit auf 10.000.000 EURO beschränkt (§ 52 Bundesrechtsanwaltsordnung), soweit nicht Leben, Körper oder Gesundheit verletzt wurden. Für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit bleibt die gesetzliche Haftung unberührt.

3. Die Partnerschaft hat gem. § 51 a Bundesrechtsanwaltsordnung über die gesetzliche Mindestversicherung eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen, die je Versicherungsfall 2,5 Mio. Euro abdeckt (max. 15 Mio. Euro pro Versicherungsjahr). Sollte aus Sicht des Mandanten eine über diesen Betrag hinausgehende Haftung abgesichert werden, so besteht für jeden Einzelfall die Möglichkeit einer Zusatzversicherung, die auf Wunsch und Kosten des Mandanten abgeschlossen werden kann.

§ 4 Sicherungsabtretung von Ansprüchen des Mandanten / Verrechnung mit offenen Ansprüchen

1. Der Mandant tritt alle ihm aus dem Mandatsverhältnis entstehenden Erstattungsansprüche gegen den Gegner oder die Staatskasse an die Partnerschaft in Höhe der Honorarforderung sicherungshalber ab. Die Partnerschaft wird ermächtigt, die Abtretung im Namen des Mandanten dem Zahlungspflichtigen anzuzeigen. Von den Beschränkungen des § 181 BGB ist die Partnerschaft insoweit befreit. Die Partnerschaft wird den Erstattungsanspruch nicht einziehen, so lange der Mandant seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommt, insbesondere nicht die Zahlung verweigert oder in Zahlungsverzug gerät oder Antrag auf Eröffnung eines Insolvenz- oder Vergleichsverfahrens über sein Vermögen gestellt ist.

2. Die Partnerschaft ist befugt, eingehende Erstattungsbeträge und sonstige dem Mandanten zustehenden Zahlbeträge, die bei ihr eingehen, mit offenen Honorarbeiträgen oder noch abzurechnenden Leistungen zu verrechnen.

§ 5 Korrespondenz! Datenschutz

1. Die Partnerschaft ist auch befugt, bei Mitteilung einer E-Mail- Adresse ohne Sicherungsmaßnahmen (Verschlüsselung) dem Mandanten Informationen an diese E-Mail-Adresse zu übermitteln, es sei denn, aus den Umständen wäre eine Gefährdung der Interessen des Mandanten unmittelbar erkennbar oder der Mandant widerspricht oder widerruft sein Einverständnis mit dieser Verfahrensweise oder gibt sonst eine Änderung der Kommunikationsdaten bekannt.

2. Die Partnerschaft macht darauf aufmerksam, dass die schnelle und unkomplizierte Kommunikation über Telefax und Elektronische Medien (E-Mail) mit einem Verlust an Vertraulichkeit und Sicherheit verbunden ist. Besonders E-Mails können von Dritten wie eine Postkarte gelesen werden.

3. Die Partnerschaft ist befugt, im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftrags die ihr anvertrauten personenbezogenen Daten des Mandanten unter Beachtung der Datenschutzbestimmungen zu erheben, zu speichern und zu verarbeiten.

Ort, Datum

Unterschrift